

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

| | |
|--|---|
| AKTUELLES AUS THÜRINGEN | 1 |
| Zahl der ausländischen Mitbürger in Thüringen 2019 | 1 |
| Flüchtlinge oft ohne komplette Papiere | 1 |
| Abschiebungen aus Thüringen 2019 | 2 |
| NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND | 2 |
| Studie: Mehr Ausländer—weniger Hassverbrechen | 2 |
| Obergrenze für Familiennachzug nicht erreicht | 2 |
| Jahresbericht: Zahl der Binnenflüchtlinge erreicht Höchststand | 3 |
| Bildungsbericht 2020 | 3 |
| Familiennachzug und Einreise für Schutzsuchende wieder möglich | 3 |
| Deutschland ist Hauptzielland für Asylbewerber | 4 |
| GLOBALE NACHRICHTEN | 4 |
| Vereine Nationen: Immer mehr Menschen auf der Flucht | 4 |
| FÖRDERMITTEL | 5 |
| Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ gestartet | 5 |
| ThEx AWARD - Der Thüringer Gründerpreis 2020 | 5 |
| NEUIGKEITEN DER EU | 6 |
| EU-Statistik: Einbürgerungen im EU-Raum weiter rückläufig | 6 |
| Kommission legt ersten Demografiebericht für Europa vor | 6 |
| Buchempfehlungen - Downloads - Termine | 7 |
| Impressum | 7 |

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Zahl der ausländischen Mitbürger in Thüringen 2019

Nach einer Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR)¹ lebten am 31. Dezember 2019 in Thüringen 114.625 ausländische Personen aus rund 150 Staaten. Das waren nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 5.840 Personen bzw. 5,4 Prozent mehr als noch Ende des Jahres 2018.

Nach Kontinenten gegliedert lagen die Europäer mit 59.810 Personen bzw. einem Anteil von 52,2 Prozent an der Gesamtausländerzahl im Jahr 2019 an der Spitze. Unter ihnen waren 43.100 EUBürger. 16.710 Personen kamen aus den anderen europäischen Staaten. Weitere 43.535 Personen bzw. 38,0 Prozent der in Thüringen lebenden Ausländer kamen aus Asien, 6.830 Personen aus Afrika (6,0 Prozent), 2.630 Personen kamen aus Nord-, Mittel- oder Südamerika (2,3 Prozent) und 105 Personen aus Australien einschließlich Ozeanien (0,1 Prozent). Bei 1.710 Personen (1,5 Prozent) war die Staatsangehörigkeit ungeklärt oder die Personen gelten als staatenlos.

Die syrischen Staatsangehörigen bildeten laut dem AZR im Jahr 2019 mit 16.530 Personen (14,4 Prozent) die größte Gruppe unter den in Thüringen lebenden Ausländern.

Flüchtlinge oft ohne komplette Papiere

Zwei Drittel der Asylbewerber unter 25

In den ersten vier Monaten dieses Jahres haben 224 Asylbewerber keine ausreichenden Dokumente vorlegen können. Im selben Zeitraum reisten 856 Migranten nach Thüringen ein.

Das geht aus Angaben des Migrationsministeriums und des Bundesinnenministeriums hervor. Seit Anfang 2015 kamen insgesamt 8810 Menschen ohne vollständige Papiere nach Thüringen. Gleichzeitig stellten sich vergleichsweise wenige Pässe oder Ausweispapiere als gefälscht heraus. Von den 3468 Dokumenten, die binnen eines Jahres – von Anfang April 2019 bis März 2020 – vorgelegt wurden, beanstandeten die Behörden 76. Das entspricht einem Anteil von 2,2 Prozent. Die Zahlen des Bundes

Es folgen Polen mit 12.060 Personen bzw. 10,5 Prozent, Rumänien (9.540 Personen bzw. 8,3 Prozent), Afghanistan (7.445 Personen bzw. 6,5 Prozent) und der Irak (4.540 Personen bzw. 4,0 Prozent).

Das Durchschnittsalter aller in Thüringen lebenden Ausländer betrug 2019 laut AZR 31,1 Jahre. 37.210 Personen (32,5 Prozent) der ausländischen Bevölkerung waren verheiratet und 61.320 Personen (53,5 Prozent) ledig. Von den verheirateten ausländischen Personen lebten 5.985 (16,1 Prozent) mit einem deutschen Ehepartner zusammen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 6,6 Jahre.

Absolut nach Kreisen betrachtet lebten am 31.12.2019 mit 18.790 nichtdeutschen Personen die meisten in der kreisfreien Stadt Erfurt, gefolgt von Jena mit 11.655 Personen und dem Landkreis Gotha mit 9.375 Personen. Die wenigsten Ausländer lebten laut AZR im Landkreis Sömmerda mit 2.085 Personen, gefolgt vom Kyffhäuserkreis (2.165 Personen) und dem Landkreis Hildburghausen (2.325 Personen).

Quelle: Pressemitteilung des Thüringer Landesamts für Statistik (TLS) vom 15.04.2020

stammen aus einer Antwort auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Anton Friesen (AfD).

Insgesamt hat sich die Zahl der in diesem Jahr einreisenden Flüchtlinge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum etwa halbiert. Zuletzt befanden sich noch 1.347 Menschen im Asylverfahren. Von den Erstantragstellern waren fast zwei Drittel unter 25 Jahre alt. 70 Prozent bekennen sich zum Islam, elf Prozent zum Christentum.

Die rot-rot-grüne Koalition hat sich grundsätzlich darauf geeinigt, 500 in Griechenland gestrandete Flüchtlinge zusätzlich aufzunehmen.

Quelle: Thüringer Allgemeine Zeitung, 02.06.2020



AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Abschiebungen aus Thüringen 2019

Unter <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/arbeitshilfen/kleine-anfragen/2020> ist die Antwort auf die Kleine Anfrage zu "Abschiebungen in Thüringen" von Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/ Die Grünen) eingestellt (Drucksache 7/1046). Es gab 2019 213 Abschiebungen von Betroffenen in ihre Herkunftsländer, die insbesondere Menschen aus Serbien, Albanien, Mazedonien und der Russischen Föderation betrafen.

Herausstechender, trauriger Spitzenreiter bei den Abschiebungen ist der Landkreis Greiz, gefolgt vom Wartburgkreis! In 2019 gab es 2 Abschiebungen nach Afghanistan, in 1. Quartal 2020 wurden bereits 3 Personen nach Afghanistan abgeschoben. Alle Betroffenen seien Straftäter gewesen. Der Flüchtlingsrat Thüringen lehnt Abschiebungen nach Afghanistan grundsätzlich ab- Afghanistan ist nicht sicher! 2019 wurden 243 Personen im Rahmen von Dublin-Verfahren in andere EU-Länder überstellt. Die meisten Rückführungen gingen nach Italien, gefolgt von Frankreich. Hier teilen sich mehrere Landkreise/ kreisfreie Städte den traurigen ersten Platz: Erfurt, Gotha, Saalfeld-Rudolstadt, Schmalkalden-Meinungen, Wartburgkreis. 5 Menschen, die bereits einen Schutzstatus in einem anderen EU-Land hatten und weitergereist sind, wurden aus Thüringen abgeschoben: nach Italien, Griechenland und Rumänien!

33 Personen saßen in unterschiedlichen Abschiebegefängnissen vor ihrer Abschiebung in Abschiebehaft. 1 Person wurde 2019 in der Strafhaftanstalt JVA Tonna in Abschiebehaft genommen, obwohl die Zulässigkeit dessen europarechtlich äußerst umstritten ist. Begründet wird dies mit der Einstufung der Person als Gefährder. Das Landgericht Meinungen hat die Inhaftierung als rechtswidrig erklärt (Az: 2T175/19), die tatsächliche Abschiebung war aber bereits erfolgt.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Studie: Mehr Ausländer – weniger Hassverbrechen

Je mehr Ausländer in einem Bezirk leben, umso geringer fällt die Anzahl rechtsmotivierter Straftaten aus. Das ist das Ergebnis einer Studie. Grund: Durch den Kontakt werden Vorurteile abgebaut. Wo viele Ausländer leben, gibt es weniger fremdenfeindliche Straftaten: Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie unter der Leitung des Marburger Sozialpsychologen Ulrich Wagner.

An der Untersuchung war auch das Bundeskriminalamt (BKA) beteiligt, wie die Universität Marburg am Montag mitteilte.

Als von 2015 an die Zahl der Flüchtlinge in der Bundesrepublik anstieg, kam es vermehrt zu fremdenfeindlichen Übergriffen. Der Anstieg war jedoch nicht überall gleich hoch. Zur Erklärung stellten Fachleute zwei Theorien auf, wie die Universität erklärte.

Eine besagt: Wenn in einer Region viele Ausländer leben, gibt es mehr Möglichkeiten zum Kontakt mit ihnen – die positiven Erfahrungen mit ihnen führten zum Abbau negativer Vorurteile. Die Bedrohungstheorie hingegen geht

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

davon aus, dass ein höherer Anteil an Ausländern in der Bevölkerung ein Gefühl der Bedrohung wecke. Beide Erklärungsansätze erschienen aus wissenschaftlicher Sicht plausibel, erklärte Wagner.

Kontakt baut Vorurteile ab

Die Forscher aus Marburg und Osnabrück nutzten für ihre Untersuchung Daten zur politisch motivierten Kriminalität des BKA aus dem Jahr 2015 und setzten sie ins Verhältnis zu Daten aus den insgesamt 402 deutschen Regierungsbezirken.

Sie kamen zu dem Schluss: Je mehr Ausländer in einem Bezirk leben, umso geringer fällt die Anzahl rechtsmotivierter Straftaten aus. Durch einen steigenden Ausländeranteil bestünden mehr Kontaktmöglichkeiten zwischen den Gruppen, so dass Vorurteile der Bevölkerungsmehrheit abgebaut würden, heißt es in der Studie.

Quelle: MiGLETTER 16.06.2020

Obergrenze für Familiennachzug nicht erreicht

11.129 Visa für Angehörige von subsidiär Schutzberechtigten wurden im vergangenen Jahr erteilt. Die Linke fordert, ungenutzte Kontingente nicht verfallen zu lassen.

Die Obergrenze für den Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten – also Geflüchteten, denen in ihrem Herkunftsland ernsthafter Schaden wie Tod oder Folter droht – wurde im vergangenen Jahr nicht erreicht. Das gab das Bundesinnenministerium bekannt. Insgesamt 11.129 Visa wurden 2019 für den Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten erteilt. Damit näherte sich Deutschland der politisch vereinbarten Obergrenze von 1.000 positiven Entscheidungen pro Monat, erreichte sie aber nicht im Jahreschnitt.

Im laufenden Jahr 2020 brach die Zahl erteilter Visa ein. Das geht aus einer später im Plenarprotokoll des Bundestags ergänzten Angaben des Innenministeriums auf eine Frage der Linke-Abgeordneten Ulla Jelpke hervor. So wurden bis Ende April 1.925 Visa für den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten erteilt – mit Verschärfung der Corona-Pandemie immer weniger. Nach 782 Visa im Februar vergaben die deutschen Auslandsvertretungen im März noch 480 Visa, im April nur noch vier.

Jelpke, die auch innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, forderte, ungenutzte Kontingente und bereits erteilte Visa dürften nicht verfallen. "Die jetzige Aussetzung des Familiennachzugs ist insbesondere für Angehörige von subsidiär Schutzberechtigten eine Katastrophe", sagte sie. "Diese Menschen warten nun schon seit mindestens vier Jahren, oft auch schon viel länger darauf, wieder mit ihren engsten Familienangehörigen zusammenleben zu können – es geht hier um die Ehefrau, den Ehemann und die eigenen Kinder."

Im August 2018 war die Regelung in Kraft getreten, nach langen Verhandlungen der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD über eine Obergrenze. Die Regelung lief schleppend an; in den ersten elf Monaten wurden weniger als 9.000 Visa erteilt.

Quelle: www.zeit.de vom 31.05.2020

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Jahresbericht: Zahl der Binnenflüchtlinge erreicht Höchststand

Gewalt, Kriege und Naturkatastrophen zwingen immer mehr Menschen innerhalb ihres Heimatlandes in die Flucht - aktuell irren fast 51 Millionen Menschen umher. Jetzt bedroht auch noch die Corona-Pandemie die Binnenflüchtlinge.

Die Zahl der Binnenflüchtlinge weltweit hat nach Angaben des Beobachtungszentrums für interne Vertreibung einen neuen Höchststand erreicht. Fast 51 Millionen Menschen seien Ende 2019 in ihrem eigenen Land auf der Flucht vor Gewalt, Konflikten und Naturkatastrophen gewesen, teilte das Beobachtungszentrum am Dienstag in Genf in seinem Jahresbericht (<https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2020/>) mit.

Die Direktorin der Beobachtungsstelle, Alexandra Bilak, warnte vor einer weiteren Verschlimmerung der humanitären Lage der Binnenflüchtlinge durch die Corona-Pandemie. Die geschwächten Menschen seien ohnehin oft von medizinischer Versorgung abgeschnitten. Ein Abstandhalten in den überfüllten Camps zur Vermeidung einer Corona-Infektion sei kaum möglich, hielt die Direktorin der Beobachtungsstelle fest.

Laut dem Jahresbericht waren Ende 2019 knapp 46 Millionen auf der Flucht im eigenen Land vor Gewalt und Konflikten. Betroffen gewesen seien 61 Länder, darunter Syrien, Kolumbien, die Demokratische Republik Kongo, Afghanistan und der Jemen. Ende 2018 erfasste das Beobachtungszentrum noch rund 41 Millionen Menschen, die vor Gewalt und Kriegen innerhalb des eigenen Landes fliehen.

Flucht vor Naturkatastrophen

Zudem hielt das Beobachtungszentrum fest, dass mehr als fünf Millionen Kinder, Frauen und Männer Ende 2019 vor Naturkatastrophen im eigenen Land auf der Flucht gewesen seien. Dazu gehören Dürren, Überschwemmungen und Erdbeben. Für die Jahre bis 2018 hatte das Zentrum die Menschen auf der Flucht im eigenen Land vor Naturkatastrophen nicht erfasst.

Das Völkerrecht unterscheidet zwischen Binnenflüchtlingen einerseits und Flüchtlingen andererseits. Flüchtlinge fliehen vor Unterdrückung, Gewalt und Krieg in ihrem Heimatland in ein anderes Land. Das Hilfswerk UNHCR gab die Zahl der Flüchtlinge 2019 mit rund 26 Millionen an. Das Beobachtungszentrum für interne Vertreibung gehört zum Norwegischen Flüchtlingsrat. Die Stelle arbeitet eng mit den Vereinten Nationen zusammen.

Quelle: MiGLETTER 29.04.2020

Bildungsbericht 2020

Die weltweite Migration ist neben dem Klimawandel eine der großen Herausforderungen der Gegenwart. Grundfragen in dieser Dimension verändern auch die Gesellschaft in Deutschland. So haben mittlerweile mehr als ein Drittel aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund (34 Prozent im Jahr 2017). In vielen westdeutschen Ländern liegt er inzwischen bei über 40 Prozent; in manchen Großstädten hat mehr als jedes zweite Kind eine Zuwanderungsgeschichte.

Mit welchen aktuellen Herausforderungen aufgrund der geänderten Bedingungen der vergangenen Jahre das Aufwachsen in Deutschland verbunden ist, beschreibt das Deutsche Jugendinstitut (DJI) ganz aktuell in einem datenbasierten Sozialbericht, dem „DJI-Kinder- und Jugendmigrationsreport 2020“, den Sie kostenlos herunterladen können unter <http://u.wbv.de/6004754w>.

Für Politik und Fachöffentlichkeit bietet der Bericht eine Reihe wichtiger Ergebnisse auf Basis der neuesten Daten amtlicher Statistiken und repräsentativer Surveys. Schlaglichtartig seien genannt: Die Kita ist der zentrale Ort für den Spracherwerb der deutschen Sprache – Familien mit Migrationshintergrund bekommen häufig die gewünschten Betreuungsplätze nicht – In jeder 5. Kita haben mehr als 50 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund – Der Übertritt ans Gymnasium gelingt Kindern mit Migrationshintergrund seltener, doch es zeichnet sich eine positive Entwicklung ab – auch bei den Schulabschlüssen holen Migrantinnen und Migranten auf.

Nach einem umfassenden Überblick zur Entwicklung der Zuwanderung von jungen Menschen in Deutschland thematisiert der Bericht den familialen Alltag, die Freizeitgestaltung von Migrantinnen und Migranten, den Erwerb von schulischen und beruflichen Qualifikationen im Bildungssystem, die besonderen Lebensbedingungen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie die insbesondere für diese Gruppe relevanten Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, wie die Inobhutnahmen und die Hilfen zur Erziehung. Verglichen werden junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, aber auch die verschiedenen Migrationsgenerationen: Nur gut ein Viertel (26 Prozent) der unter 25-Jährigen mit Migrationshintergrund ist selbst nach Deutschland zugewandert – zum Beispiel auf der Flucht oder im Rahmen der EU-Binnenmigration – und gehört damit der ersten Generation an. Knapp drei Viertel (73 Prozent) sind hier geboren und leben bereits in der zweiten oder dritten Generation im Land.

Der Kinder- und Jugendmigrationsbericht ist als Druckausgabe bei wbv Media, Bielefeld erschienen. Er umfasst VIII, 272 Seiten und enthält zahlreiche Tabellen und Grafiken. Der vollständige Bericht kann kostenfrei unter <http://u.wbv.de/6004754w> heruntergeladen werden. Die gedruckte Ausgabe ist im Buchhandel oder bei wbv Media für 49,90 Euro erhältlich.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Familiennachzug und Einreise für Schutzsuchende wieder möglich

Die Einreise für Schutzsuchende und Familien ist wieder möglich. Die Bundesregierung hat die seit Mitte März geltenden Corona-Restriktionen aufgehoben. Auch für Saisonarbeiter, ausländische Fachkräfte und Studierende gelten die Lockerungen.

Neue Lockerungen der Corona-Beschränkungen machen eine Einreise von Schutzsuchenden aus bestimmten Drittstaaten wieder möglich. Wie das Bundesinnenministerium am Mittwoch in Berlin mitteilte, beschloss das Kabinett, dass in Koordination mit anderen europäischen Ländern ab Donnerstag Einreisen aus Drittstaaten mit überschaubaren Infektionsfällen wieder ohne Einschränkungen möglich sind.

Weiter auf Seite 4

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 3

Deutschland erlaubt damit grundsätzlich die Einreise aus zunächst elf Staaten: Australien, Georgien, Japan, Kanada, Montenegro, Neuseeland, Südkorea, Thailand, Tunesien, Uruguay und China.

Möglich ist ab sofort auch der Familiennachzug von Familienangehörigen aus Drittstaaten, unabhängig von der auf EU-Ebene beschlossenen Positivliste. Damit wird das Recht auf Familienleben als dringender Grund anerkannt. Aufgrund der Corona-Maßnahmen wurde der Familiennachzug Mitte März pauschal ausgesetzt.

Jelpke: *Verhinderung des Familiennachzugs war verfassungswidrig*

„Die pauschale Suspendierung des Familiennachzugs aus Drittstaaten war von Anfang an ein Verstoß gegen den grundrechtlich garantierten Schutz der Familie. Angesichts der Tatsache, dass Hunderttausende deutsche Urlauber aus Drittstaaten zurückgeholt wurden, war das pauschale Verbot des Familiennachzugs zu Drittstaatsangehörigen, insbesondere anerkannten Flüchtlingen, mit Verweis auf die Corona-Pandemie weder notwendig noch glaubwürdig“ – kommentiert Innenpolitikerin Ulla Jelpke (Linke) die Entscheidung des Ministeriums.

Der Pandemieschutz hätte der Linkspolitikerin zufolge auch mit Quarantäne- und anderen Maßnahmen erfüllt werden können, „wie bei anderen Einreisenden auch“. Insofern sei die Wiederaufnahme des Familiennachzugs keine Großzügigkeit der Regierung, „sondern nur die Beendigung eines menschenrechtswidrigen und familienfeindlichen Zustandes“.

Situation unverheirateter binationaler Paare ungelöst

Nach wie vor ungelöst ist die Situation unverheirateter binationaler Paare. Der Zuzug von Partnern zum Zweck der Eheschließung bleibt weiterhin ausgesetzt. „Das muss jetzt ebenfalls schleunigst geändert werden. Denn auch unverheiratete Partner gehören zur Familie“, erklärt Jelpke.

Im Zuge der Lockerungen dürfen den Angaben nach unter anderem auch ausländische Fachkräfte, Studierende sowie Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft einreisen. Auch Personen, die etwa internationalen Schutz benötigen, können wieder einreisen, ebenso wie Spätaussiedler. Die Staatenliste wird laut Ministerium zweiwöchentlich aktualisiert.

Quelle: MiGLETTER 02.07.2020

Deutschland ist Hauptzielland für Asylbewerber

Deutschland bleibt für Asylbewerber das Hauptzielland in Europa. Das geht aus dem neuen Jahresbericht der EU-Asylagentur EASO hervor, der am Donnerstag in Brüssel vorgestellt wird. Danach kamen 2019 22 Prozent aller Asylbewerber in der EU nach Deutschland (insgesamt 165.615), gefolgt von Frankreich (17 Prozent, 128.940) und Spanien (16 Prozent, 117.795).

Die Gesamtzahl der Flüchtlinge in Deutschland – also auch der in den Vorjahren eingereisten – gibt die EU-Behörde mit 1,1 Millionen an, etwa die Hälfte davon Syrer. Deutschland sei damit 2019 im globalen Vergleich nach der Türkei, Pakistan und Uganda das Land gewesen, das insgesamt am meisten Flüchtlinge aufgenommen habe. Doch hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein überraschender Trend: Deutschland steht inzwischen weniger im Zentrum

des Flüchtlingszustroms in Europa als in den Vorjahren.

Asylbewerber: Der Anteil der Menschen, die nach Deutschland wollen, sinkt

Noch 2017 wollte jeder dritte EU-Asylbewerber Schutz in Deutschland. Aber jetzt sinkt der Anteil, weil auch die Antragszahlen in Deutschland zurückgehen, 2019 betrug das Minus 10 Prozent - in der EU insgesamt geht die Kurve dagegen erstmals seit vier Jahren wieder nach oben. 738.425 Asylanträge zählt die Behörde, 11 Prozent mehr als im Vorjahr.

Und in den ersten Monaten 2020 gab es sogar einen weiteren Anstieg um 16 Prozent. In Ländern wie Zypern, Frankreich, Griechenland, Malta und Spanien sei der Druck inzwischen größer als während der Flüchtlingskrise 2015, so der Report.

Drastischer Einbruch der Asylzahlen wegen Corona

Weniger in Deutschland, mehr in Europa: Grund dafür sind auch die zunehmenden Asylanträge von Menschen aus Lateinamerika. Sie kommen vor allem aus Venezuela (die Anträge verdoppelten sich voriges Jahr auf rund 45.000 und Kolumbien (eine Verdreifachung auf 32.000). Flüchtlinge aus diesen und weiterer Staaten Lateinamerikas dürfen ohne Visum in die EU einreisen. Inzwischen machen Migranten, die – meist im Flugzeug – legal ohne Visa nach Europa kommen und dann hier um Schutz nachsuchen, ein Viertel aller Asylbewerber in der EU aus; der Trend nimmt zu.

In den vergangenen Monaten sind die Asylzahlen wegen Corona drastisch eingebrochen: Die Asylbehörde spricht von einem Rückgang um 87 Prozent, im April wurden so wenig Anträge registriert wie zuletzt 2008. Doch die Experten lassen keinen Zweifel daran, dass schon bald mit einer deutlichen Zunahme der Schutzsuchenden zu rechnen ist.

Es gebe keinen Hinweis auf nachlassenden Druck, die EU-Staaten müssten sich auf steigende Asylbewerberzahlen einstellen, so der Report. Mittelfristig werde auch die Corona-Krise dazu beitragen – wegen der Auswirkungen der Pandemie auf arme Länder erwarten die Experten neue Flüchtlingsbewegungen.

Quelle: Berliner Morgenpost, 25.06.2020

Globale Nachrichten

Vereinte Nationen: Immer mehr Menschen auf der Flucht

Die Zahl der Flüchtlinge ist erneut deutlich gestiegen. In Zeiten der Corona-Pandemie ist ihre Lage noch schlimmer. Zurück in ihre Heimat können sie gleichzeitig immer weniger. Hilfsorganisationen fordern mehr Schutz.

Die Zahl der vor Gewalt und Konflikten geflüchteten Menschen hat laut den Vereinten Nationen einen neuen Höchststand erreicht. Weltweit seien 79,5 Millionen Kinder, Frauen und Männer Ende vergangenen Jahres auf der Flucht gewesen, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten Jahresbericht des Hilfswerks UNHCR. Menschenrechtler und Helfer forderten mehr Einsatz, um Konflikte zu beenden, und deutlich bessere Unterstützung für Geflohene. Die Bundesregierung rief zu Flüchtlingsschutz besonders während der Corona-Pandemie auf.

Weiter auf Seite 5

GLOBALE NACHRICHTEN

Fortsetzung von Seite 4

„Die Zahl der Menschen auf der Flucht entspricht einem Prozent der Weltbevölkerung“, sagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, vor dem Weltflüchtlingstag am Samstag. „Niemals zuvor haben wir so viele Menschen auf der Flucht erfasst.“ Ende 2018 waren demnach 70,8 Millionen Menschen geflohen.

Menschenrechtsbeauftragte Kofler bestürzt

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, äußerte sich bestürzt. Die Zahl der Flüchtlinge sei ein vernichtendes Urteil über unverantwortliches, kraftloses und nationalistisches Regierungshandeln weltweit, kritisierte die NRC Flüchtlingshilfe. Ein Ende der politischen Untätigkeit im Umgang mit zahlreichen Kriegen auf der Welt sei dringend nötig.

Amnesty kritisiert Europas Aufnahmebereitschaft

Auch Amnesty International forderte die Politik zum Handeln auf. Während innerhalb der vergangenen zehn Jahre fast doppelt so viele Menschen zur Flucht gezwungen gewesen seien, seien in Europa immer weniger Mitgliedsstaaten bereit, Schutzsuchende aufzunehmen.

Der UNHCR-Bericht deckt das Jahr 2019 ab, neue Flüchtlingsbewegungen in diesem Jahr wie in Libyen sind noch nicht erfasst. Grandi ging jedoch auf die Corona-Pandemie ein, die auch die Menschen auf der Flucht bedroht. Zwar sei es in Flüchtlingsunterkünften noch nicht zu großen Corona-Ausbrüchen gekommen. Doch die Pandemie stürze viele Geflohene in noch tiefere wirtschaftliche Not.

Die meisten Flüchtlinge sind in armen Regionen

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) wies darauf hin, dass 80 Prozent der Geflohenen in Regionen lebten, wo die Ernährungslage sehr kritisch sei, wie im Jemen oder in der Sahelregion. „Für viele Flüchtlinge ist die Corona-Krise bereits eine dramatische Hungerkrise“, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Donnerstag). 90 Prozent der weltweiten Flüchtlinge würden von Entwicklungsländern aufgenommen. Auch in Flüchtlingslagern seien die Zustände katastrophal: „Händewaschen, Abstand zu anderen, mit dem Ersparten über die Runden kommen – all das ist für Flüchtlinge nicht möglich.“

Caritas und Diakonie Katastrophenhilfe riefen die Staaten auf, Flüchtlinge auch beim Kampf gegen die Pandemie im Blick zu haben. So hinderten Grenzsicherungen viele Menschen daran, Schutz vor Gewalt und Verfolgung zu finden. „Die Möglichkeit auf Einreise in den Nachbarstaat, um das Leben zu retten, darf nicht einfach Corona-Maßnahmen geopfert werden“, kritisierte der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Peter Neher.

Flüchtlinge in Gesundheitsversorgung aufnehmen

Flüchtlinge müssten weltweit in die reguläre Gesundheitsversorgung aufgenommen und bei Hilfsprogrammen im Rahmen der Corona-Pandemie mitgedacht werden, forderte die „Aktion gegen Hunger“. In vielen Ländern seien sie von Nothilfemaßnahmen ausgeschlossen und könnten sich kaum mit dem Notwendigsten versorgen.

Dass die Zahl der Geflohenen im vergangenen Jahr so deutlich stieg führte Grandi vor allem auf neue Vertreibungen im Kongo, in der Sahelregion, im Jemen und in Syrien zurück. Der mehr als neun Jahre tobende Konflikt in Syrien alleine habe mehr als 13 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Vielen von ihnen droht der Welthungerhilfe zufolge eine Hungerkrise.

Rückkehr immer schwieriger

Gleichzeitig können laut Grandi immer weniger Flüchtlinge

FÖRDERMITTEL

in ihre Heimat zurückkehren, weil Konflikte wie in Syrien sehr lange andauern. Seien in den 1990er Jahren noch durchschnittlich pro Jahr 1,5 Millionen Menschen nach einer Flucht zurück nach Hause gelangt, sank diese Zahl im vergangenen Jahrzehnt auf 385.000.

Unter den Menschen auf der Flucht befinden sich den Angaben nach knapp 46 Millionen Binnenflüchtlinge: Sie versuchen sich innerhalb des eigenen Landes vor Gewalt und Repression in Sicherheit zu bringen. Knapp 30 Millionen Kinder, Frauen und Männer suchten als Flüchtlinge Schutz außerhalb ihrer Heimatländer. Rund vier Millionen Menschen befinden sich den Angaben nach in einem Bewerbungsverfahren für Asylschutz in einem fremden Land.

Quelle: MiGLETTER 19.06.2020

FÖRDERMITTEL

Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ gestartet

Auch in diesem Jahr sucht das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) mit dem bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2020 erfolgreiche übertragbare zivilgesellschaftliche Projekte für eine lebendige und demokratische Gesellschaft.

Den Preisträgerinnen und Preisträgern winken Geldpreise von bis zu 5.000 Euro, sie profitieren von einer verstärkten Präsenz in der Öffentlichkeit durch öffentliche Preisverleihungen in Kooperationen mit Kommunen oder Landesregierungen im 1. Halbjahr 2021 und sind eingeladen, an einem Workshop-Angebot teilzunehmen, welches die Interessen und Bedarfe der Preisträgerprojekte aufgreift.

Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.buendnis-toleranz.de/arbeitsfelder/wuerdigung/aktiv-wettbewerb/173671/aktuelles-zum-aktiv-wettbewerb>

Der Einsendeschluss ist der 27.09.2020 (Datum des Poststempels).

Quelle: Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

ThEx AWARD –

Der Thüringer Gründerpreis 2020

Der ThEx AWARD ist die Auszeichnung für IDEENHABER, DURCHSTARTER, NACHFOLGER und IMPULSGEBERINNEN in Thüringen. Im Rahmen des Wettbewerbs werden herausragende Ideen und Leistungen von Thüringer Gründerinnen und Gründern, besonderes Engagement von Thüringer Unternehmerinnen und Unternehmern sowie erfolgreich umgesetzte Unternehmensnachfolgen gewürdigt. Trotz bzw. gerade wegen der Corona-Krise haben wir uns entschieden, auch in dieser besonderen Situation den ThEx AWARD 2020 auszuloben. IDEENHABER, DURCHSTARTER und NACHFOLGER haben die Möglichkeit sich bis 09. September zu bewerben. Alle Informationen finden Sie unter: <https://www.thex.de/award/>

Quelle: ThEx - Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum

NEUIGKEITEN DER EU

EU-Statistik: Einbürgerungen im EU-Raum weiter rückläufig

EU-Staaten bürgern immer weniger Ausländer ein. Laut Eurostat schöpft Schweden das Einbürgerungspotenzial am besten aus. Deutschland rangiert nur auf einem unterdurchschnittlichen 19. Platz.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bürgern immer weniger Menschen ein. Im Jahr 2018 wurden rund 672.300 Personen eingebürgert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist das ein deutlicher Rückgang. 2017 lag diese Zahl noch bei 700.600 Personen, ein Jahr zuvor bei knapp 844.000. Das geht aus Eurostat-Zahlen hervor. Danach waren 13 Prozent der Eingebürgerten bereits zuvor Bürger eines anderen EU-Mitgliedstaats.

Die größte Gruppe, die eine EU-Staatsbürgerschaft erwarb, waren Marokkaner (67.200 Personen). 84 Prozent von ihnen erwarben die Staatsbürgerschaft von Spanien, Italien oder Frankreich. Die zweitgrößte Gruppe bildeten Albaner (47.400). Sie ließen sich fast ausschließlich in Griechenland oder Italien einbürgern. An dritter Stelle folgten Personen aus der Türkei (28.400), von denen über 59 Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft erwarben.

Schweden Top, Deutschland Flop

Wie Eurostat weiter mitteilt, verlieh mit 116.800 Einbürgerungen Deutschland EU-weit die meisten Staatsbürgerschaften. Das entspricht 17 Prozent aller Einbürgerungen im EU-Raum. Es folgten Italien und Frankreich mit jeweils knapp über 110.000 und Spanien mit 90.800 Einbürgerungen.

Das Potenzial der möglichen Einbürgerungen erschöpft EU-weit jedoch Schweden am besten. Dort ließen sich 7,2 Prozent aller Ausländer einbürgern. Es folgten Rumänien (5,6 Prozent) und Portugal (5,1 Prozent). Am anderen Ende der Skala sind Estland und Tschechien mit einer Einbürgerungsquote von je 0,4 Prozent aufgeführt.

Der EU-Durchschnitt liegt bei 2,1 Prozent. Deutschland rangiert bei der Einbürgerungsquote mit einem Wert von 1,4 Prozent auf einem unterdurchschnittlichen 19. Platz – knapp vor Bulgarien und Slowakei.

Quelle: MiGLETTER 18.06.2020

Kommission legt ersten Demografiebericht für Europa vor

Erstmals hat die EU-Kommission einen Demografiebericht für die EU vorgestellt und Trends der Bevölkerungsentwicklung für die Jahre bis 2070 beschrieben. Darin werden auch die Zusammenhänge zwischen demographischer Entwicklung und wirtschaftlichem Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie analysiert. „Die Krise hat viele Schwachstellen aufgedeckt, von denen einige mit dem tiefgreifenden Wandel zusammenhängen, von dem unsere Gesellschaften und Gemeinschaften in ganz Europa bereits betroffen sind“, erklärte die für Demokratie und Demografie zuständige Kommissionspräsidentin Dubravka Šuica.

Mit Šuica hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erstmals eine Kommissarin be-rufen, die sich eigens mit Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels in Europa befasst. „Dabei geht es letztlich um die

Art und Weise unseres Zusammenlebens. Die Bewältigung des demografischen Wandels ist für den Aufbau einer gerechteren und stärkeren Gesellschaft von entscheidender Bedeutung“, so Šuica.

Der Bericht leitet weitere Arbeiten der Kommission zu diesen Themen ein. Die Studie ermittelt, wie die am stärksten betroffenen Menschen, Regionen und Gemeinschaften am besten unterstützt werden können. Er wird insbesondere die Grundlage für ein Grünbuch über das Altern und die langfristige Planung für den ländlichen Raum bilden. Im Einzelnen zeigt der erste Demografiebericht der Kommission Trends der Bevölkerungsentwicklung wie zum Beispiel:

> Europas Gesellschaft lebt länger: so betrug die mittlere Lebenserwartung bei Geburt von Männern 2018 in der EU 78,2 Jahre, 2070 wird sie bei 86,1 Jahren liegen. Die mittlere Lebenserwartung von Frauen bei Geburt steigt im gleichen Zeitraum von 83,7 Jahren auf 90,3 Jahre. In Deutschland nimmt die mittlere Lebenserwartung von Männern von 78,6 Jahren 2018 auf rund 87 Jahre 2070 zu, die von Frauen steigt im gleichen Zeitraum von 83,3 Jahren auf knapp 90 Jahre.

> Europas Bevölkerung schrumpft: Die Bevölkerungszahl in der EU sinkt von derzeit 449 Millionen Einwohnern auf 424 Millionen im Jahr 2070. Die Entwicklung verläuft dabei regional unterschiedlich. So gehört Deutschland – zusammen mit Mitgliedstaaten wie Spanien, Frankreich, Österreich und den Niederlanden – zu den Ländern, deren Einwohnerzahl leicht abnimmt von derzeit 83,0 Millionen Einwohnern auf 81,7 Millionen im Jahr 2070.

> Doppelte Herausforderung Digitalisierung und demografischer Wandel: Eine älter werdende Gesellschaft hat Auswirkungen auf Produktivität, Innovationsfähigkeit und die Zahl der Arbeitskräfte. Derzeit sind in der EU 265 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter, 2070 wird dieser Anteil bei 220 Millionen potenziellen Arbeitskräften liegen.

> Auswirkungen auf die Sozialsysteme: Bereits in ihrem Aufbauplan für Europa sagte die Kommission im Programm EU4Health Mittel zu, um die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie zu stärken. Auch die Renten- und Pflegesysteme der Mitgliedstaaten müssen sich dem demografischen Wandel anpassen.

> Trend zur Urbanisierung: 40 Prozent der Menschen in der EU leben in Städten, 21 Prozent in ländlichen Regionen. Dieser Trend wird zunehmen. Gute Infrastruktur im ländlichen Raum – wie etwa schnelles Internet – ist deshalb von großer Bedeutung. Zugleich muss Wohnraum in Ballungsgebieten bezahlbar bleiben.

> Europas Rolle in der Welt: 1960 stellten die heutigen EU-Staaten 12 Prozent der Weltbevölkerung, 2070 wird ihr Anteil von heute 6 Prozent auf dann 4 Prozent zurückgehen. Der demographische Wandel beeinflusst deshalb auch Europas Rolle in der Welt. „Europa muss stärker, geeinter und strategischer auftreten und handeln“, mahnt der Kommissionsbericht an.

Demografiebericht: https://ec.europa.eu/germany/news/20200617-demografischer-wandel_de

Quelle: EU-Nachrichten Nr. 12



Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Broschüre: "Besondere Rechte im Asylverfahren - Informationen für Schutzsuchende mit besonderen Bedürfnissen"

Zu Geflüchteten mit besonderen Bedürfnissen zählen lt. EU-Aufnahmerichtlinie (3013/33/EU) und der Thür GUSVO: Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Menschen mit einer Behinderung, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Opfer von Menschenhandel, körperlich oder psychisch erkrankte Personen und Menschen die Folter oder Gewalt erlitten haben. Die Broschüre soll zur schnelleren und umfassenderen Identifikation, Beratungsvermittlung und dem Erkennen der Versorgungsbedarfe geflüchteter Menschen mit besonderen Schutzbedürfnissen speziell in Thüringen beitragen.

Sie ist online auf der Webseite unter www.fluechtlingsrat-thr.de/publikationen/besondere-rechte als auch in Druckversion beim Flüchtlingsrat Thüringen e.V. erhältlich und kann kostenfrei bestellt werden. Senden Sie dafür eine Mail mit der gewünschten Anzahl und der Lieferadresse an vonheyden@fluechtlingsrat-thr.de.

Sie ist in den Sprachen Deutsch | Dari | Arabisch | Tigrinisch | Englisch | Französisch erhältlich.

Herausgeber der Broschüre: Projekt „Fachstelle Flucht und Asyl in Thüringen“ Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Handbuch für Ehrenamtliche „Wie kann ich Geflüchtete bei der Arbeitssuche unterstützen?“

Die gemeinsame Broschüre (https://www.unternehmen-integrieren-fluechtlinge.de/wp-content/uploads/2020/03/NUiF_Ehrenamt_BR_25-03-2020_WEB.pdf) des

„Netzwerkes Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ und des Deutschen Roten Kreuzes vermittelt Ehrenamtlichen Wissen und Tipps zur Begleitung von geflüchteten Menschen bei der Integration in Arbeit. Sie gibt einen thematischen Überblick zu Wegen in Arbeit und Ausbildung, zu Teilnahme an Sprachkursen sowie zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Quelle: Büro der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge

Neue DIK-Webseite gestartet

Die Deutsche Islam Konferenz (DIK), das seit 2006 bestehende zentrale Forum für den Dialog des Staates mit Musliminnen und Muslimen, muslimischen Organisationen und islamischen Verbänden, geht unter www.deutsche-islam-konferenz.de mit einer runderneuernten Internetpräsenz an den Start.

Quelle: BAMF-Newsletter Nr. 06/2020

Kurzanalyse: Einfluss von fluchtspezifischen Faktoren auf den Deutscherwerb

Die BAMF-Kurzanalyse 4|2020 gibt für die Gruppe der Geflüchteten einen Überblick, welche individuellen fluchtspezifischen Faktoren einen Einfluss auf den Erwerb der deutschen Sprache haben. Die Kurzanalyse ist im Rahmen des Projektes Evaluation der Integrationskurse (EvIk) erstellt worden.

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse4-2020-fluchtspezifische-faktoren-deutscherwerb.pdf?blob=publicationFile&v=4>

Quelle: BAMF-Newsletter Nr. 06/2020

Freizügigkeitsmonitoring: Jahresbericht 2019

Der Bericht zeigt die Entwicklung der Zu- und Fortzüge von Unionsbürgerinnen und -bürgern nach bzw. von Deutschland im Jahr 2019.

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Berichtserien/MigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2019.html>

Quelle: BAMF-Newsletter Nr. 06/2020

Religionszugehörigkeit, religiöse Praxis und soziale Einbindung von Geflüchteten

In der BAMF-Kurzanalyse 2|2020 wird untersucht, welchen Religionen sich die befragten Geflüchteten zugehörig fühlen, welchen Stellenwert Religion und Glaube in ihrem Leben haben und wie sozial eingebunden die Angehörigen der unterschiedlichen Glaubensrichtungen sind.

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse2-2020_iab-bamf-soep-befragung-religion.html

Quelle: BAMF-Newsletter Nr. 06/2020

Internetseite mit mehrsprachigen Informationen

Auf der Website der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Widmann-Mauz, finden Sie z.B. mehrsprachige Informationen zur Corona-Warn-App, zu arbeitsrechtlichen Auswirkungen, Sofort-Hilfen der Bundesregierung für Kleinstunternehmen und Solo-Selbständige, zu Ansprechpartnern für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs), zu Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen, zum mehrsprachigen Hilfefonotext Gewalt gegen Frauen, zum Arbeitsschutz.

Wir aktualisieren und ergänzen die Informationen fortlaufend auch über Gesundheitsfragen hinausgehend. Zur Website:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/corona-virus>

Mehrsprachige Informationen speziell für EU-Bürgerinnen und Bürger sind auch auf der Website der EU-Gleichbehandlungsstelle abrufbar: <https://www.eu-gleichbehandlungsstelle.de/corona-virus>

Quelle: Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer Berlin

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund - IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Anita Müller